

Inhaltsübersicht

<i>Einleitung</i>	1
<i>1. Kapitel: Notwendigkeit und Bedeutung von Bedürftigen- und Überschuldetentestamenten</i>	7
A. Rechtlicher Hintergrund.....	9
B. Interessenlagen.....	55
C. Begriff des Bedürftigen- bzw. Überschuldetentestaments	63
<i>2. Kapitel: Die erbrechtliche Konstruktion von Bedürftigen- und Überschuldetentestamenten</i>	73
A. Erbschaftslösung.....	75
B. Vermächtnislösung.....	205
C. Umgekehrte Vermächtnislösung.....	225
D. Enterbungslösung.....	231
E. Stellungnahme.....	241
<i>3. Kapitel: Die Sittenwidrigkeit von Bedürftigen- und Überschuldetentestamenten</i>	247
A. Das Problem der Wirksamkeit eines Bedürftigentestaments	249
B. Das Problem der Wirksamkeit eines Überschuldetentestaments	351
C. Bisher ungeklärte Fragen zur Wirksamkeit von Bedürftigen- und Überschuldetentestamenten.....	361
D. Ergebnis: Im Regelfall keine Sittenwidrigkeit	383
<i>4. Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse</i>	385
A. Notwendigkeit und Bedeutung von Bedürftigen- und Überschuldetentestamenten.....	387
B. Die erbrechtliche Konstruktion von Bedürftigen- und Überschuldetentestamenten.....	389
C. Die Sittenwidrigkeit von Bedürftigen- und Überschuldetentestamenten.....	391
Literaturverzeichnis	395
Sachregister.....	415

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	VII
Inhaltsübersicht.....	IX

Einleitung.....	1
-----------------	---

1. Kapitel: Notwendigkeit und Bedeutung von Bedürftigen- und Überschuldetentestamenten.....	7
--	---

A. <i>Rechtlicher Hintergrund</i>	9
---	---

I. Sozialrechtlicher Hintergrund.....	9
1. Historischer Rückblick auf die Entwicklung des Sozialrechts.....	11
2. Einführung in die Grundsicherung für Arbeitsuchende.....	12
a) Aufgabe und Ziel der Grundsicherung für Arbeitsuchende.....	15
b) Grundprinzipien der Grundsicherung für Arbeitsuchende.....	17
aa) Grundsätze des Förderns und Forderns.....	17
bb) Bedarfsdeckungsprinzip.....	18
cc) Nachranggrundsatz.....	19
c) Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende.....	20
aa) Arbeitslosengeld II als Leistung zur Sicherung des Lebensunterhalts.....	21
bb) Umfang und Höhe des Arbeitslosengelds II.....	21
cc) Voraussetzungen eines Anspruchs auf Bezug von Arbeitslosengeld II.....	23
(1) Altersgrenze.....	24
(2) Erwerbsfähigkeit.....	24
(3) Hilfebedürftigkeit.....	25
(a) Berücksichtigung von Einkommen und Vermögen.....	26
(b) Zu berücksichtigendes Einkommen.....	26
(c) Zu berücksichtigendes Vermögen.....	28
(d) Abgrenzung von Einkommen und Vermögen.....	30
(aa) Erbschaft.....	31

	(bb) Vermächtnis.....	32
	(cc) Pflichtteilsanspruch	33
	(dd) Zwischenergebnis: Erbschaft, Vermächtnis und Pflichtteilsanspruch als Einkommen bzw. Vermögen.....	33
	d) Cessio legis des § 33 SGB II	34
	3. Ergebnis: Zugriff des Sozialleistungsträgers	35
II.	Zwangsvollstreckungsrechtlicher Hintergrund.....	36
	1. Einzelzwangsvollstreckung	36
	a) Grundzüge der Einzelzwangsvollstreckung	36
	b) Pfändbarkeit einer Erbschaft.....	37
	c) Pfändbarkeit eines Vermächtnisanspruchs.....	38
	d) Pfändbarkeit eines Pflichtteilsanspruchs.....	38
	e) Zwischenergebnis: Pfändbarkeit der Erbschaft, des Vermächtnis- und des Pflichtteilsanspruchs	39
	2. Verbraucherinsolvenzverfahren.....	40
	a) Grundzüge des Verbraucherinsolvenzverfahrens	41
	aa) Anwendungsbereich des Verfahrens	41
	bb) Ablauf des Verfahrens	41
	(1) Außergerichtlicher Versuch der Schuldenbereinigung...41	
	(2) Gerichtlicher Versuch der Schuldenbereinigung.....42	
	(3) Durchführung eines vereinfachten Insolvenzverfahrens	43
	(a) Beschlagnahme der Insolvenzmasse.....44	
	(b) Umfang der Insolvenzmasse.....44	
	b) Zugriffsmöglichkeiten der Gläubiger auf die Erbschaft eines Schuldners	46
	3. Restschuldbefreiung	47
	a) Grundzüge des Restschuldbefreiungsverfahrens	48
	aa) Anwendungsbereich des Verfahrens	48
	bb) Ablauf des Verfahrens	49
	(1) Einleitung eines Restschuldbefreiungsverfahrens	49
	(2) Wohlverhaltensperiode.....49	
	(3) Erteilung der Restschuldbefreiung	51
	b) Zugriffsmöglichkeiten der Gläubiger auf die Erbschaft eines Schuldners	51
	4. Ergebnis: Zugriff der Gläubiger des Erben, des Insolvenzverwalters oder des Treuhänders.....	53
	<i>B. Interessenlagen.....</i>	<i>55</i>
	I. Interessenlage des Erblassers	55
	II. Interessenlage des Erben	58

III. Interessenlage der involvierten Dritten	59
IV. Zusammenfassung.....	60
<i>C. Begriff des Bedürftigen- bzw. Überschuldetentestaments</i>	<i>63</i>
I. Begriff des Bedürftigentestaments.....	63
II. Abgrenzung zum Überschuldetentestament.....	63
III. Abgrenzung zum Behindertentestament	65
1. Begriff des Behindertentestaments.....	65
2. Gestaltungsziele des Behindertentestaments	66
3. Vergleich von Behindertentestament und Bedürftigen- bzw. Überschuldetentestament.....	67
4. Erforderlichkeit einer begrifflichen Differenzierung.....	70
IV. Zusammenfassung.....	71

2. Kapitel: Die erbrechtliche Konstruktion von Bedürftigen- und Überschuldetentestamenten..... 73

<i>A. Erbschaftslösung.....</i>	<i>75</i>
I. Die Einsetzung eines Bedürftigen zum nicht befreiten Vorerben	75
1. Grundlagen der Vor- und Nacherbschaft.....	76
a) Rechtliche Stellung des Vorerben	77
aa) Verfügungsbefugnis des Vorerben	79
bb) Verfügungsbeschränkungen.....	80
b) Möglichkeit einer Befreiung des Vorerben	80
aa) Vollständige Befreiung des bedürftigen Vorerben?.....	81
bb) Teilbefreiung des bedürftigen Vorerben?	83
cc) Zwischenergebnis: Keine Befreiung des Vorerben.....	84
2. Wirkungen der Vor- und Nacherbschaft	84
a) Auswirkungen auf eine Zwangsvollstreckung oder ein Insolvenz- bzw. Restschuldbefreiungsverfahren des Vorerben... 85	
aa) Ausschluss des Vollstreckungszugriffs.....	85
(1) Zwangsvollstreckung gegen den überschuldeten Vorerben	86
(a) Vollstreckung durch Eigengläubiger des Vorerben	86
(b) Vollstreckung durch Nachlassgläubiger	87
(c) Vollstreckung durch Eigengläubiger des Nacherben	87
(2) Insolvenz des Vorerben.....	88
(3) Restschuldbefreiungsverfahren des Vorerben.....	88

(a)	Vorerbschaft als von Todes wegen erworbenes Vermögen	90
(b)	Auf die Nutzungen der Erbschaft begrenzte Herausgabeobliegenheit des befreiten wie des nicht befreiten Vorerben.....	90
bb)	Ergänzungen des § 2115 BGB	93
(1)	Drittwiderrspruchsklage des Nacherben	93
(2)	Verfügungsverbot des Insolvenzverwalters.....	93
(3)	Pfändungsschutz.....	95
cc)	Zwischenergebnis: Zugriff auf die Nutzungen der Erbschaft	96
b)	Auswirkungen auf eine Sozialleistungsbedürftigkeit des Vorerben.....	97
aa)	Ausschluss des Vollstreckungszugriffs	97
bb)	Berücksichtigung der Vorerbschaft im Rahmen der Herausgabeobliegenheit	97
3.	Ergebnis: Schutz der Erbschaftssubstanz	98
II.	Die Anordnung einer Dauervollstreckung.....	99
1.	Grundlagen der Testamentsvollstreckung	100
a)	Rechtliche Stellung des Testamentsvollstreckers	102
b)	Aufgaben des Testamentsvollstreckers.....	103
aa)	Abwicklungsvollstreckung.....	104
bb)	Verwaltungsvollstreckung.....	105
(1)	Reine Verwaltungsvollstreckung.....	105
(2)	Dauervollstreckung	106
(3)	Zeitliche Grenze	107
(4)	Zwischenergebnis: Dauervollstreckung	108
c)	Vergütung des Testamentsvollstreckers.....	108
2.	Wirkungen der Testamentsvollstreckung	109
a)	Wirkungen im Fall einer Zwangsvollstreckung, Insolvenz oder Restschuldbefreiung des Vorerben	109
aa)	Verfügungsbeschränkung des Erben.....	109
(1)	Dauer der Verfügungsbeschränkung	110
(2)	Reichweite der Verfügungsbeschränkung.....	111
bb)	Zugriffsverbot	111
(1)	Dauer des Zugriffsverbots	112
(2)	Reichweite des Zugriffsverbots.....	113
(a)	Einzelzwangsvollstreckung und Gesamtvollstreckung	113
(b)	Besonderheiten bei der Miterbschaft	114
(3)	Grenzen des Zugriffsverbots	115
(a)	Ordnungsmäßige Verwaltung des Nachlasses	116

(aa)	Begriff der ordnungsmäßigen Verwaltung ...	116
(bb)	Nutzungen als Gegenstand der ordnungsmäßigen Verwaltung	117
(cc)	Verwaltungsanordnungen des Erblassers	118
(dd)	Interessenkonflikt zwischen Vor- und Nacherbe	119
(b)	Überlassung von Nachlassgegenständen	120
(c)	Zwischenergebnis: Schutz der Nutzungen der Erbschaft	122
cc)	Berücksichtigung der Erbschaft im Rahmen der Herausgabeobliegenheit	122
(1)	Herausgabe von Erbschaftsgegenständen	123
(a)	Differenzierung zwischen Allein- und Miterbschaft	124
(b)	Stellungnahme	125
(aa)	Grundlagen der teleologischen Reduktion ...	126
(bb)	Teleologische Reduktion des § 295 Abs. 1 Nr. 2 InsO	127
(cc)	Erforderlichkeit einer Kombination von Dauervollstreckung sowie Vor- und Nacherbschaft	128
(2)	Herausgabe aus der Erbschaft gezogener Nutzungen ..	128
dd)	Ergebnis: Schutz der Nutzungen der Erbschaft	129
b)	Wirkungen im Fall einer Sozialleistungsbedürftigkeit des Vorerben	130
aa)	Ausschluss der Erbschaft als verwertbares Vermögen	130
bb)	Notwendigkeit von Verwaltungsanordnungen des Erblassers	132
cc)	Übergang des Anspruchs aus § 2216 Abs. 1 BGB	134
(1)	Gefahr eines Anspruchsübergangs	134
(2)	Verhinderung des Anspruchsübergangs	134
dd)	Ergebnis: Dauervollstreckung als entscheidendes Element	135
3.	Person des Testamentsvollstreckers	135
a)	Anforderungen an die Person des Testamentsvollstreckers	136
b)	Bestimmung der Person des Testamentsvollstreckers	137
c)	Zwischenergebnis: Einfluss des Vorerben	138
4.	Ergebnis: Abrundung des Schutzkonzepts	138
III.	Die zeitliche Begrenzung der Vor- und Nacherbschaft sowie der Dauervollstreckung	140
1.	Wegfall der Bedürftigkeit vor Eintritt des Erbfalls	140
2.	Wegfall der Bedürftigkeit nach Eintritt des Erbfalls	141

a) Bedingungslösung.....	142
aa) Gefahr eines Gläubigerzugriffs während der Einzelzwangsvollstreckung.....	143
(1) Zugriffsgefahr im Fall der Alleinerbschaft.....	143
(2) Zugriffsgefahr im Fall der Miterbschaft.....	144
(3) Maßnahmen zur Verhinderung des Gläubigerzugriffs	145
(a) Ausschluss der Übertragbarkeit des Anwartschaftsrechts.....	145
(b) Bedingung der unbeschränkten Vollerbenstellung	146
(4) Zwischenergebnis: Bedingungslösung nicht empfehlenswert	147
bb) Gefahr einer Verwertung während des Insolvenzverfahrens	147
(1) Verwertungsgefahr im Fall der Alleinerbschaft	147
(a) Gegenstände der insolvenzrechtlichen Verwertung.....	147
(b) Risiko einer Nachtragsverteilung	148
(aa) Grundzüge der Nachtragsverteilung.....	148
(bb) Aufschiebend bedingter Erbteil als nachträglich ermittelter Massegegenstand....	149
(cc) Risiko der Nachtragsverteilung bei der Bedingungslösung	150
(2) Verwertungsgefahr im Fall der Miterbschaft	150
(3) Verhinderung der Verwertung durch Ausschluss der Übertragbarkeit des Anwartschaftsrechts.....	151
(4) Zwischenergebnis: Bedingungslösung nicht empfehlenswert	153
cc) Gefahr einer Herausgabeobliegenheit während des Restschuldbefreiungsverfahrens	153
(1) Anwartschaftsrecht als Gegenstand der Herausgabeobliegenheit	153
(2) Miterbenanteil als Gegenstand der Herausgabeobliegenheit	154
(3) Verhinderung der Obliegenheit zur Herausgabe durch Ausschluss der Übertragbarkeit des Anwartschaftsrechts.....	155
(a) Analoge Anwendung des § 287 Abs. 3 InsO.....	155
(b) Herausgabeobliegenheit hinsichtlich des bei Bedingungseintritt erworbenen Vermögenszuwachses.....	157
(4) Risiko einer Nachtragsverteilung	157

(5) Zwischenergebnis: Bedingungslösung nicht empfehlenswert	158
dd) Gefahr eines Zugriffs durch den Sozialleistungsträger	158
(1) Gefahr eines Übergangs auf den Sozialleistungsträger	158
(a) Direkte Anwendung des § 33 Abs. 1 S. 1 SGB II	158
(b) Analoge Anwendung des § 33 Abs. 1 S. 1 SGB II	158
(2) Darlehensweise Leistungserbringung	160
(3) Zwischenergebnis: Bedingungslösung neutral	161
ee) Stellungnahme	161
b) Anfechtungslösung	162
aa) Zulässigkeit der Anfechtung aufgrund eines Motivirrtums	164
(1) Bedenken im Hinblick auf den Vorrang der Auslegung	164
(2) Kausalität des Willensmangels	164
(3) Stellungnahme	165
bb) Voraussetzungen der Anfechtung	166
(1) Motivirrtum des Erblassers	167
(2) Zwischenergebnis: Anfechtung unzulässig	168
cc) Gefahren eines Gläubigerzugriffs während der Einzelzwangsvollstreckung	168
(1) Zugriffsgefahr im Fall der Alleinerbschaft	168
(2) Zugriffsgefahr im Fall der Miterbschaft	169
(3) Zwischenergebnis: Anfechtungslösung nicht empfehlenswert	170
dd) Gefahr einer Verwertung während des Insolvenzverfahrens	170
(1) Aus der Anfechtung resultierende Rechte als Bestandteil der Insolvenzmasse	170
(2) Risiko einer Nachvertragsverteilung	172
(3) Zwischenergebnis: Anfechtungslösung nicht empfehlenswert	172
ee) Gefahr einer Herausgabeobliegenheit während des Restschuldbefreiungsverfahrens	172
ff) Gefahr eines Zugriffs durch den Sozialleistungsträger	173
gg) Stellungnahme	174
c) Befreiungslösung	176
aa) Zulässigkeit der Bedingung von Nacherbfolge und Testamentsvollstreckung	177

bb)	Bewertung der Befreiungslösung	178
cc)	Übertragbarkeit der Befreiungslösung auf das Überschuldetentestament	180
d)	Gestuftes Ausschlagungsrecht	181
aa)	Gefahr eines Zugriffs auf die Nacherbenanwartschaft	182
(1)	Gefahr eines Gläubigerzugriffs während der Einzelzwangsvollstreckung	182
(2)	Gefahr einer Verwertung während des Insolvenzverfahrens	182
(3)	Gefahr einer Herausgabeobliegenheit während des Restschuldbefreiungsverfahrens	183
(a)	Umgehung der Herausgabeobliegenheit durch das Hinausschieben der Annahme der Nacherbschaft	183
(b)	Zumutbarkeit der Veräußerung der Nacherben- anwartschaft zu einem verminderten Preis	185
(4)	Gefahr eines Zugriffs durch den Sozialleistungsträger	186
(5)	Zwischenergebnis: Zugriff teilweise möglich	186
bb)	Gefahr eines Zugriffs auf die Vollerbschaft	187
cc)	Zwischenergebnis: Gestuftes Ausschlagungsrecht nicht empfehlenswert	188
e)	Auflagenlösung	190
aa)	Kombination von Bedingungs- und Auflagenlösung	191
bb)	Bewertung der Kombination von Bedingungs- und Auflagenlösung	192
(1)	Vollziehungsberechtigung des Begünstigten	192
(2)	Vollziehungsberechtigung des Testamentsvollstreckers	193
(3)	Feststellung des Bedingungseintritts	195
(4)	Verhinderung eines Drittzugriffs	196
f)	Ermessenslösung	197
g)	Ergebnis: Befreiungslösung	197
IV.	Zusammenfassung und Bewertung der Erbschaftslösung	198
1.	Zusammenfassung der Ergebnisse	198
2.	Bewertung der Erbschaftslösung	199
<i>B.</i>	<i>Vermächtnislösung</i>	205
I.	Inhalt der Vermächtnislösung	205
1.	Gegenstand des Vermächtnisses	209
a)	Quotenvermächtnis mit Ersetzungsbefugnis	209
b)	Universalvermächtnis	210
c)	Zweckvermächtnis	211
d)	Unpfändbare Vermächtnisse	211

2. Annahme und Ausschlagung des Vermächtnisses	213
3. Zeitliche Begrenzung der Beschränkungen	216
II. Bewertung der Vermächtnislösung	217
C. Umgekehrte Vermächtnislösung	225
D. Enterbungslösung	231
I. Gefahr eines Zugriffs auf den Pflichtteilsanspruch	231
II. Keine Überleitbarkeit des Ausschlagungsrechts	233
III. Zulässigkeit eines Pflichtteilsverzichts	234
IV. (Un-)Zulässigkeit eines Erlasses des Pflichtteilsanspruchs.....	236
V. Bewertung der Enterbungslösung	238
E. Stellungnahme	241

3. Kapitel: Die Sittenwidrigkeit von Bedürftigen- und Überschuldetentestamenten

247

A. Das Problem der Wirksamkeit eines Bedürftigentestaments.....	249
I. Wirksamkeitskontrolle am Maßstab des § 138 Abs. 1 BGB.....	249
1. Allgemeine Kriterien für die Sittenwidrigkeit.....	249
2. Die Bedeutung von Zweck und Motiv für die Sittenwidrigkeit	252
a) Die Verhinderung eines staatlichen Zugriffs als legitimer Zweck oder bloßer Reflex des Bedürftigentestaments	252
b) Das Verhältnis zwischen Zweck und Motiv der Gestaltung.....	254
3. Die Notwendigkeit der Gesamtwürdigung des Einzelfalls.....	254
4. Die Absicherung anerkannter Ordnungen im Hinblick auf das Sozialrecht als betroffene Fallgruppe.....	256
II. Die Testierfreiheit als besonderes Kriterium gegen die Sittenwidrigkeit eines Bedürftigentestaments	257
1. Begriff der Testierfreiheit.....	257
2. Historischer Rückblick auf die Entwicklung der Testierfreiheit	258
3. Die verfassungsrechtliche Verankerung der Testierfreiheit	262
4. Reichweite der Testierfreiheit	263
III. Stand der Rechtsprechung zum Bedürftigentestament.....	265
1. Der Beschluss des Sozialgerichts Dortmund vom 25. September 2009.....	265
a) Inhalt der Entscheidung	265
b) Ablehnende Stimmen in der Literatur	267
c) Stellungnahme	270

2.	Das Urteil des Sozialgerichts Mannheim vom 20. Dezember 2006.....	271
	a) Inhalt der Entscheidung	272
	b) Stellungnahme	275
3.	Der Beschluss des Landessozialgerichts Baden-Württemberg vom 9. Oktober 2007	276
	a) Inhalt der Entscheidung	276
	b) Befürwortende Stimmen in der Literatur	277
	c) Stellungnahme	279
4.	Das Urteil des Bundessozialgerichts vom 17. Februar 2015	280
	a) Inhalt der Entscheidung	280
	b) Befürwortende Stimmen in der Literatur	282
	c) Stellungnahme	284
5.	Ergebnis: Keine gefestigte Rechtsprechung	285
IV.	Übertragbarkeit der Rechtsprechung zum Behindertentestament	286
1.	Rechtsprechung zum Behindertentestament	286
	a) Das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 21. März 1990	286
	b) Das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 20. Oktober 1993	290
	c) Das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 19. Januar 2011	292
	d) Weitere Rechtsprechung und Stellungnahmen in der Literatur	299
	aa) Sittenwidrigkeit bei einer besonders großen Erbschaft	302
	bb) Sittenwidrigkeit bei fehlendem subjektiven Nutzen für das Kind mit Behinderung	306
	e) Ergebnis: Gefestigte Rechtsprechung	307
2.	Geltung der Rechtsprechung für die Konstellation des Bedürftigentestaments	308
	a) Gegner der Übertragbarkeit	308
	b) Befürworter der Übertragbarkeit	311
	c) Stellungnahme	312
3.	Ergebnis: Beschränkte Übertragbarkeit	316
V.	Schlussfolgerungen für das Bedürftigentestament	317
1.	Sittenwidrigkeit gegenüber dem Erben	317
2.	Sittenwidrigkeit gegenüber der Allgemeinheit	319
	a) Begriff des Sozialstaatsprinzips	321
	b) Der Nachranggrundsatz als Ausfluss des Sozialstaatsprinzips	324
	c) Ausstrahlung des Nachranggrundsatzes in das Privatrecht	326
	d) Lösung des Konflikts zwischen der Testierfreiheit und dem Nachranggrundsatz	328
	aa) Gewichtung der Testierfreiheit und des Nachranggrundsatzes	330
	bb) Möglicher Verfassungsrang des Nachranggrundsatzes	331

cc) Gesetzliche Durchbrechungen des Nachranggrundsatzes...	333
dd) Das Sozialstaatsprinzip in der Abwägung zwischen der Testierfreiheit und dem Nachranggrundsatz	334
(1) Die Bedeutung des Sozialstaatsprinzips.....	334
(2) Das Sozialstaatsprinzip als Eingriffsrechtfertigung	336
(a) Eingriff in die Testierfreiheit.....	336
(aa) Nichtigkeitserklärung eines Testaments.....	336
(bb) Sozialrechtliche Vorschriften	337
(cc) Ablehnungsbescheid des Sozialleistungsträgers.....	338
(b) Rechtfertigung des Eingriffs	338
(3) Herstellung praktischer Konkordanz zwischen der Testierfreiheit und dem Sozialstaatsprinzip	339
(a) Abwägung als Teil des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	339
(b) Abwägung zwischen der Testierfreiheit und dem Sozialstaatsprinzip in der Konstellation des Bedürftigentestaments	341
ee) Zwischenergebnis: Vorrang der Testierfreiheit	343
e) Gesetzliche Intention fürsorglicher Maßnahmen	344
f) Zwischenergebnis: Keine sittenwidrige Benachteiligung der Allgemeinheit	345
3. Sittenwidrigkeit in Abhängigkeit von der Art der Gestaltung	346
4. Beredtes Schweigen des Gesetzgebers	347
5. Ergebnis: Keine Sittenwidrigkeit des Bedürftigentestaments	348

B. Das Problem der Wirksamkeit eines Überschuldetentestaments

I. Übertragbarkeit der Rechtsprechung zum Behindertentestament	351
II. Sittenwidrigkeit gegenüber dem Erben	353
III. Sittenwidrigkeit gegenüber den privaten Gläubigern.....	354
1. Die Bedeutung der Privatautonomie für die Sittenwidrigkeit des Überschuldetentestaments.....	355
a) Die Privatautonomie als Ausfluss des Prinzips der Eigenverantwortlichkeit.....	355
b) Die Privatautonomie als besonderes Kriterium gegen die Sittenwidrigkeit eines Überschuldetentestaments.....	356
2. Gesetzliche Intention fürsorglicher Maßnahmen	357
IV. Ergebnis: Keine Sittenwidrigkeit des Überschuldetentestaments	358

C.	<i>Bisher ungeklärte Fragen zur Wirksamkeit von Bedürftigen- und Überschuldetentestamenten</i>	361
I.	Kriterien zur Beurteilung der Sittenwidrigkeit.....	361
	1. Verwandtschaftsverhältnis zwischen dem Erblasser und dem Erben.....	361
	2. Lebensalter und bisherige Versorgung des Erben	363
	3. Dauer der Hilfebedürftigkeit oder Überschuldung des Erben	363
	4. Fehlender subjektiver Nutzen für den Erben	364
	5. Person des Nacherben.....	364
	6. Höhe des Erbschaftsvermögens.....	365
	a) Sehr kleine Erbschaften	365
	b) Besonders große Erbschaften.....	366
	aa) Bestimmung eines Grenzbetrags zur Sittenwidrigkeit	368
	bb) Orientierungspunkte für die Gesamtwürdigung des Einzelfalls	369
	cc) Maßgeblicher Zeitpunkt für die Erbschaftshöhe	370
	7. Offensichtliche Schädigungsabsicht des Erblassers	372
	8. Formulierung der Verwaltungsanordnung.....	373
	9. Bewusste Herbeiführung oder Aufrechterhaltung der Bedürftigkeit durch den Erben.....	374
	10. Sozialbindung des Erbrechts	375
	11. Parallelität zu den Voraussetzungen des Anfechtungsgesetzes	376
	12. Zusammenfassung	377
II.	Regelungsbedarf des Gesetzgebers	379
D.	<i>Ergebnis: Im Regelfall keine Sittenwidrigkeit</i>	383
4.	Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse.....	385
A.	<i>Notwendigkeit und Bedeutung von Bedürftigen- und Überschuldetentestamenten</i>	387
B.	<i>Die erbrechtliche Konstruktion von Bedürftigen- und Überschuldetentestamenten</i>	389
C.	<i>Die Sittenwidrigkeit von Bedürftigen- und Überschuldetentestamenten</i>	391
	Literaturverzeichnis.....	395
	Sachregister.....	415